

Kritik an privater Bewährungshilfe

Von Angela Groß und Klaus Thomas Heck

Die von Justizminister Ulrich Goll vorangetriebene Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe in Baden-Württemberg soll verfassungswidrig sein. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten, das die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in Auftrag gegeben hat.

Seit 2005 läuft bereits ein Pilotprojekt für die Privatisierung mit der österreichischen Organisation Neustart in den Landgerichtsbezirken Stuttgart und Tübingen. Für das Jahr 2007 wird via Ausschreibung europaweit ein Träger für die gesamte Bewährungs- und Gerichtshilfe des Landes gesucht; Neustart gilt als Favorit.

Nur Kostenminimierung und Effizienzsteigerung seien das Ziel der geplanten Reform, sagte der Oldenburger Rechtsprofessor Dieter Sterzel, der das Gutachten erstellt hat, gestern bei einer Pressekonferenz in Stuttgart. Sie reiche aber bis tief in den Bereich hoheitlicher Verantwortung hinein und überschreite eine verfassungsrechtliche Grenze. Es werde gegen die Landesverfassung, gegen Bundes- und Beamtenrecht verstoßen. Bernd-Axel Lindenlaub vom Verdi-Bundesvorstand fordert das Justizministerium auf, die Ausschreibung zu stoppen. Er geht davon aus, dass die Bereitschaft groß sei, gegen die Privatisierung zu klagen. Die Möglichkeit, vor Gericht zu ziehen, hätten die betroffenen Beschäftigten oder via Normenkontrollklage der Landtag, wenn sich ein Viertel der Abgeordneten beteiligt.

Die bevorstehende Privatisierung sorgt in der Branche für Verunsicherung: Bewährungshelfer fürchten mehr Verwaltungsaufwand. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Thomas Oelmayer, verlangt, das Auslaufen der Pilotphase abzuwarten.

Das Justizministerium reagiert gelassen auf die Forderungen. Der Kernbereich hoheitlicher Aufgaben werde nicht an den freien Träger übertragen. Im Land gibt es knapp 30 Gerichtshelfer, die im Ermittlungsverfahren für die Staatsanwaltschaften arbeiten. Die knapp 240 Bewährungshelfer betreuen Verurteilte - im vergangenen Jahr insgesamt 22 000 Personen. Beide Berufsgruppen sind verbeamtete Sozialarbeiter bei der Justiz. (jr)

07.07.2006 00:00 Heilbronner Stimme